

Protokoll:

Rm Bordelle (FDP) betont, eine Überprüfung der Sache sei sinnvoll. Er fährt fort, Koblenz habe eine „traumhafte“ Landschaft, in der, wie auch im Landkreis Mayen-Koblenz, Rad- und Wanderwege angeboten werden könnten.

Beigeordneter Prümm verliest die Stellungnahme der Verwaltung (ST/0113/2010).

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann äußert ihr Missfallen bezüglich des Antrags, der bereits zum dritten Mal im Rat behandelt werde. Die vorhandene Bahntrasse solle nicht in einen Radweg umgewandelt werden, insbesondere im Hinblick auf steigende Energiepreise und den vielen alternativen Flächen, die als Rad- oder Wanderwege dienen können. Die Möglichkeit, irgendwann die Bahntrasse wieder als solche nutzen zu können, solle man nicht auslöschen. Wäre die Fläche erst einmal umgestaltet, würde eine Baugenehmigung für eine Bahnstrecke nicht mehr möglich sein.

Rm Coßmann (CDU) merkt an, seine Fraktion vertrete die Auffassung, dass die Bahnlinie Koblenz-Ochtendung und damit verbunden die Anbindung zum Güterverkehrszentrum zunächst nicht aufgegeben werden solle. Begründet werde dies damit, dass die EU den Gütertransport in Zukunft stärker über die Schienen statt auf der Straße abwickeln. Kernstück sei die Strecke von Rotterdam nach Gerna, die durch das Rheintal führe. Die zukünftige Bedeutung der Schienenanbindung an das Güterverkehrszentrum könne derzeit noch nicht abgeschätzt werden. In diesem Kontext habe das Bahnunternehmen „Rhein-Sieg-Eisenbahn“ beim Eisenbahnbundesamt Interesse angemeldet, dort Güterverkehr betreiben zu wollen. Daher lehne die Fraktion den Antrag ebenfalls ab.

Rm Lehmkuhler (SPD) verweist noch auf den zusätzlichen Aspekt, dass die Umwandlung der Bahntrasse in einen Radweg hohe Kosten verursachen würde. Dies passe nicht zu den ständigen Aufforderungen der FDP-Fraktion zum Sparen wegen der Haushaltssituation.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) trägt vor, es gebe nur eine Lösung des vorliegenden Problems und zwar die temporäre Nutzung der Bahnstrecke als Rad-/Wanderweg. Hierdurch könnte erreicht werden, dass die Widmung grundsätzlich erhalten bliebe. Die Bahnstrecke würde nur temporär als Rad- und Wanderweg ausgebaut. Eine Zusammenarbeit mit dem Landkreis sei zu empfehlen. Würde der Landkreis die Strecke verlängern, sei es sinnvoll dem entgegenzukommen. Man könne in diesem Fall trotzdem jederzeit auf diese Bahnstrecke zurückgreifen. Die zurzeit vorhandenen Gleise entsprächen nicht mehr den Anforderungen. Die Streckenführung müsse erhalten werden. Eine temporäre Nutzung der Strecke solle geprüft werden.

Rm Bordelle (FDP) betont, dass der Antrag auf Prüfung gestellt sei. Daher verstehe er die Aufregung nicht. Zudem gebe es neue Aspekte auf Grund des Bebauungsplans.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig stellt den Antragstenor zur Abstimmung.

